

DIE KULTURPOLITIK DER UNGARISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI ZUR ZEIT DER NACHKRIEGSDEMOKRATIE / 1945–1946/¹⁴⁴

Die Bildungspolitik kommunistischer Parteien muss generell der Ganzheit des arbeitenden Volkes dienen. Dies folgt aus ihrer allgemeinen ideologisch-politischen Gesinnung. Laut der öffentlichen Meinung fungierte jedoch die Kulturpolitik der Ungarischen Kommunistischen Partei (UKP) zwischen 1944 und 1948 vorzugsweise als Propaganda- und Agitationsmittel. Sie stand im Dienst der allgemeinen politischen Aufgaben der Partei und stellte keinen eigenständigen Politikzweig dar. Zum Thema wurde außer dem Buch von Éva Ständeisky über die Literaturpolitik der UKP keine weitere Monographie verfasst. Über den Aufsatz von Éva Ständeisky, Róbert Czigler und József N. Szabó zu einigen Fachgebieten kommunistischer Bildungspolitik hinaus wurde in der Thematik kein bedeutender Aufsatz geschrieben. Dadurch begründet sich das Bedürfnis, eine einschlägige Monographie mit wissenschaftlichem Anspruch zu veröffentlichen

Ein wissenschaftliches Herangehen hat hier zur Aufgabe, den Stellenwert und die Rolle der Kulturpolitik zwischen 1944 und 1948 unter den damaligen politischen Verhältnissen und den Bedingungen des frühen politischen Pluralismus zu analysieren. Der vorliegende Aufsatz soll auf die Frage Antwort suchen, mit welchen Reformvorschlägen und Modernisierungskonzepten die UKP als Koalitionsmitglied auf verschiedenen Kulturgebieten zur Entwicklung und Demokratisierung Ungarns beizutragen suchte. Weiter hat sich die Forschung damit auseinanderzusetzen, welche Konzeptionen und Programme die bis dahin illegal bzw. in der Emigration agierende UKP unter demokratischen Verhältnissen ausarbeitete, um die verschiedenen Kultursparten zu entwickeln. Die kommunistische Kulturpolitik mit wissenschaftlichem Anspruch zu erfassen ist auch deshalb eine wichtige Aufgabe, weil das Buch eine Epoche untersucht, in der das Ungarntum eine Krise durchmachte, aber gleichzeitig vor einmaligen Möglichkeiten des Aufstiegs stand. Ungarn hatte den Herausforderungen zu begegnen, die mit dem

verlorenen Krieg und den Veränderungen internationaler Verhältnisse zusammenhingen. Als Folge nahm die Rolle der Kulturpolitik stark zu. Meine Forschungen zur Bildungsgeschichte, Kulturpolitik und Kulturdiplomatie von über 40 Jahren haben mich überzeugt [József N. Szabó], dass Demokratisierung und Modernisierung nur dann richtig erfolgreich sein können, wenn der wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Umbruch mit einer kulturellen Entwicklung einhergeht.

In der vorliegenden Arbeit bemühten wir uns auch herauszufinden, in welchen Kulturbereichen welche Konflikte die UKP in Zeiten der politischen Demokratie und im Kampf der Parteien mit jeweils anderer Weltanschauung und anderen politischen Prämissen auf sich nahm. Wir setzten uns zur Aufgabe, bei der Untersuchung einzelner kulturpolitischer Bereiche nicht nur die Zusammenarbeit und den Kampf mit Koalitionspartnern vorzustellen, sondern auch für wirtschaftliche, gesellschaftliche, politische und internationale Einwirkungen ein Auge zu haben, die die Bildungspolitik 1945–46 determinierten.

Die unter demokratischen Verhältnissen praktizierte Kulturpolitik der UKP aufzudecken ist weiter aus dem Grund von hoher Bedeutung, dass die ursprüngliche politische Philosophie der Kommunisten nicht für den Pluralismus gedacht war. Die kommunistische Revolutionstheorie und politische Praxis kollidierte bis dahin nicht mit Parteien mit anderer politischer Kultur und sie kannte die Konflikte nicht, die in einem demokratischen Umfeld entstehen und behandelt werden. Die UKP hatte keine Erfahrung in der Konsensgestaltung, weder mit Parteien mit anderen Ansichten noch mit Koalitionsparteien. Da die ungarischen Kommunistenfunktionäre ihre Parteitätigkeit zwischen den beiden Weltkriegen in Ungarn in der Illegalität ausübten, konnten sie keine parlamentarischen Erfahrungen mitbringen. Kommunisten in der westlichen Emigration konnten zwar das politische System der Demokratie sowie die Freiheit der Kultur kennen lernen, selbst an Parlamentsgefechten teilzunehmen war ihnen mit einigen Ausnahmen nicht möglich. Die Mehrheit der Kommunisten, die nach Kriegsende aus der Moskauer Emigrati-

144 Der Aufsatz summiert József N. Szabó Forschungsergebnisse von über einem Jahrzehnt.

on heimkehrten und im ungarischen politischen Leben immer mehr Einfluss ausübten, konnte sich nur mit der Stalindiktatur vertraut machen. Die kulturpolitische Auffassung der Sowjetemigration war durch die Theorie und Praxis des Schdanowismus ungünstig beeinflusst. Was die Emigranten in der Sowjetunion in kultureller Hinsicht erlebten, war der Dienst der Politik – eine Legitimation, die schwerlich auf demokratische Auseinandersetzungen in Ungarn anzuwenden war. Natürlich gab es in der Moskauer Emigration auch Akademiker auf internationalem Niveau, die sich ein Bild von der verheerenden Wirkung der Schdanowschen Kulturpolitik machen konnten. Der Spielraum dieser Akademiker war jedoch durch Parteidisziplin und Sendungsbewußtsein eingeschränkt.

Die „traditionelle“ kommunistische Kulturpolitik ließ sich daher in der entstehenden Konkurrenzsituation der Kulturpolitiken der demokratischen Nachkriegs-Koalitionsparteien nicht mit Erfolg in die Praxis umsetzen. Die „ursprüngliche“ kommunistische Kulturpolitik war auch aus dem Grund nicht fortzusetzen, dass sich die Moskau-Heimkehrer zu dieser Zeit bereits der Volksfrontpolitik verschrieben. Auch stimmten sie als Folge der antifaschistischen Kooperationsregeln des demokratischen Politikmachens auf sowjetische Anregung hin zu. Dies setzte allerdings die Akzeptierung der Ansichten und Konzeptionen anderer politischer Akteure sowie die Zurücknahme voraus, dass in politischen Auseinandersetzungen auch andere Standpunkte in Betracht gezogen werden müssten, mit denen zu polemisieren war.

Es ist auch nicht uninteressant zu wissen, ob sich Abweichungen zwischen verschiedenen Gruppierungen der UKP (illegale Kommunisten bzw. Emigranten) ausmachen lassen, oder aber diese verschiedenen Strömungen bis dahin dem Willen von Anführern aus der Moskauer Emigration untergeordnet waren. Im Buch wird ferner versucht, die Frage zu beantworten, ob die Partei imstande war, zwischen den relativ eigenständigen, doch miteinander zusammenhängenden und interagierenden Bildungspolitik-Teilbereichen der Intelligenz-, Bildungs-, Wissenschafts- und Volksbildungspolitik sowie der Kulturdiplomatie eine Kohärenz zu schaffen und ob folglich eine einheitliche kommunistische Bildungspolitik nachzuweisen ist. Es fragt sich auch, ob die UKP eine Bildungspolitik zustande bringen konnte, die über die Wahrung der Werte der ungarischen Kultur hinaus den durch die Wende von 1945 evozierten gesellschaftlich-politi-

schen Herausforderungen Rechnung trug, und ob die UKP die verschiedenen Kulturbereichen in den Dienst der Modernisierung stellen konnte, so dass die Freiheit der Kultur gewährleistet war.

Wir wollen ebenfalls offenlegen, welche Rolle die UKP der Intelligenz in der neuen Demokratie sowie beim wirtschaftlichen und kulturellen Umbruch zuwies. Wissenswert ist zu wissen, was für ein Bildungssystem die Kommunisten in den Dienst der demokratischen Entfaltung und der Modernisierungsziele stellen wollten. Es zeigt sich ein wissenschaftlicher Anspruch, die Thematik der Volksbildung als Mittel für die Befriedigung kultureller Bedürfnisse breiter Volksschichten aufzuarbeiten. Ohne die Kulturdiplomatie der Partei aufzudecken kann keine realistische Einschätzung darüber entstehen, wie das Verhältnis der ungarischen und universellen Kultur sowie die zu Nachbarstaaten aufzubauenden Beziehungen von den Kommunisten verstanden wurden. Sowohl hinsichtlich der Offenlegung neuer Ergebnisse als auch der Methode der Aufbereitung erweist sich das Buch innovativ, wenn man bedenkt, dass bisherige Arbeiten die Kulturpolitik nicht im Rahmen des damaligen zeitspezifischen politischen Pluralismus untersuchten. Die auf pluralistischen Fundamenten entstandenen und an der Koalitionsregierung teilhabenden Parteien standen auf unterschiedlichen politischen und Weltanschauungsgrundlagen und all dies brachte Interessenkollisionen und Konflikte mit sich. Die Koalition implizierte gleichwohl eine Teilidentität der Interessen. Die Autoren setzen sich weiter zur Aufgabe, die Ursachen der erzielten Konsense vorzustellen. So ist anzunehmen, ein realistisches Bild über die Kulturpolitik der UKP zu erhalten, was nicht nur wissenschaftlich relevant ist, sondern auch über eine nicht zu vernachlässigende politische Dimension verfügt.

Die Forschungen bestätigten, dass die Kommunisten nach Kriegsende – im Jahr des demokratischen Aufbaus – bis zu den 1945-Wahlen in den verschiedenen Kulturbereichen mit unterschiedlicher Intensität und Eingriffstiefe versuchten, die Entwicklung Ungarns mit Reformvorschlägen und Modernisierungskonzepten voranzutreiben und die Interaktion zwischen der ungarischen und universellen Kultur zu ermöglichen. Es wurde auch klar, dass es zu dieser Zeit mit der Ausnahme der Volksbildung keinen wesentlichen Unterschied zwischen der Kulturpolitik der UKP und der Auffassung der anderen Parteien gab, weil alle politischen Kräfte

nach der Demokratisierung der Kultur strebten. Ebenfalls gab es keinen wesentlichen Unterschied zwischen den kulturpolitischen Konzeptionen der illegalen Funktionsträger der UKP in Ungarn sowie der Funktionsträger, die aus der Emigration heimkehrten. Die UKP verfolgte eine pluralistische und demokratische Kulturpolitik.

Wir können auch festhalten, dass die Kommunisten zu Zeiten des demokratischen Aufbaus eine Kulturpolitik betrieben, die mit den kulturpolitischen Vorstellungen von Koalitionspartnern rechnete. Die UKP behandelte andere Parteien in demokratischen Auseinandersetzungen als Partner und passte ihre eigenen Schritte der Politik der anderen Parteien an. Die Koalitionspartner, die zugleich politische Konkurrenten waren, machten ihrer Meinung Luft, polemisierten, und opponierten die kommunistischen Konzeptionen. Im Interesse des Wiederaufbaus und des demokratischen Umbruchs des Landes wurde in Ungarn auch im heftigen Wahlkampf von 1945 ein Politikstil mit demokratischer Gesinnung praktiziert, der den Gegner besiegen, nicht aber vernichten wollte. Ausnahme hiervon war die Intervention antideutscher Kreise der ehemaligen Herrscherklasse im Sommer 1945 gegen Gruppen, die sich in der provisorischen Nationalversammlung und Regierung betätigten. Der politische Angriff der Kommunisten erhielt eine kulturpolitische Dimension, da Géza Teleki, als Mitglied dieser antideutschen Gruppe, das Amt des Ministers im Ministerium für Religion und öffentliche Bildung bekleidete.

Die kulturpolitischen Auseinandersetzungen im Parlament sowie die Gefechte in der Presse und in der kulturell-wissenschaftlichen Öffentlichkeit blieben abgesehen von einigen Fällen im Rahmen demokratischen Politikbetriebs. In diesen politischen Kämpfen wollten die Parteien, einschließlich der UKP, ihre kulturell-wissenschaftlichen Positionen stärken und ihren gesellschaftlich-politischen Einfluss durch die einzelnen kulturpolitischen Schritte erhöhen. Das war auch deswegen ein faires Wettlaufen, weil die Parteien der Nachkriegskoalition vor 1945 in der Opposition waren, mit der Herrscherklasse des vorangehenden Systems nicht verbunden waren und ausnahmslos ein demokratisches Land auf die Beine stellen wollten. Sie wollten ein demokratisches Ungarn, wo sich Kultur und Wissenschaft frei entwickeln, Klassenunterschiede abgebaut werden, das Grund- und Mittelschulwesen auf der Höhe der Zeit sind, sich Hochschulen und Universitäten auf annähernd

internationalem Niveau befinden und einer kulturellen Selbstbestimmung und -organisation nichts im Wege steht. Sie wollten ein politisches System zustande bringen, in dem gesellschaftliche Mobilität gewährleistet war.

Auf die kulturpolitischen Vorstellungen der Parteien wirkten sich Klassenzugehörigkeiten und gesellschaftliche Basen der Parteien aus. Um diese Basen zu erweitern, hielten die politischen Akteure Präferenzen fest. Im Jahr des demokratischen Ausbaus ordneten sich diese Präferenzen jedoch der demokratischen Reorganisation des Landes sowie der Entwicklung der nationalen Kultur und Wissenschaft unter. Während des Wahlkampfes, der ab Sommer 1945 Fahrt aufnahm, wurde die Bildungspolitik ein integrativer Bestandteil der Konzeption zur Demokratisierung und Modernisierung sowie zum kulturellen und wissenschaftlichen Umbruch. Zu diesem Zeitpunkt ging das Verhältnis zwischen der Kultur und Politik in Ungarn mit den Standards eines demokratischen Staates konform. Die Freiheit der Kultur und die Autonomie des Hochschulwesens und der Wissenschaft waren mit einigen kurzzeitigen kleineren Ausnahmen, bedingt v.a. durch die Politik der UKP, sichergestellt. Die UKP übte eine demokratische Bildungspolitik aus, solange sie es für möglich hielt, mit demokratischen Mitteln im Rahmen parlamentarischer Demokratie in Machtposition zu kommen. Die Misserfolge bei der Wahl 1945 bewiesen der Partei, dass die Mehrheit der ungarischen Gesellschaft nicht hinter den Kommunisten stand. Der Weg zur Macht führte also nicht über die Einhaltung der Spielregeln der bürgerlichen Demokratie, sondern über die Straße und die Aktionen von Volksmassen.

Nach den Parlamentswahlen vom Herbst 1945 kam es in der kommunistischen Kulturpolitik zu einer wesentlichen Veränderung. Die UKP sah ein, dass von einer kommunistischen Machtübernahme auf demokratischem Wege keine Rede sein konnte. Die Partei setzte den nach Kriegsende akzeptierten demokratischen Formen nicht nur im politischen Kampf, sondern auch in kulturpolitischen Auseinandersetzungen ein Ende und griff nach „traditionellen“ klassenkämpferischen Mitteln und Methoden. Statt fairer parlamentarischer Auseinandersetzungen ging die UKP dazu über, Straßendemonstrationen zu bevorzugen, politische Gegner auf unlautere Weise zu marginalisieren oder ggf. auszuschalten. Während 1945 nur die Volksbildungspolitik in den Dienst politischer Zielsetzungen gestellt wurde, erschien eine mit politischen

Zielsetzungen durchsetzte kulturpolitische Denkweise nach den misslungenen Parlamentswahlen in jedem Bereich der Kulturpolitik; eine unmittelbare politische Erwartung der Kultur und Wissenschaft gegenüber kam zum Vorschein.

In der kommunistischen Kulturpolitik setzten sich eine unmittelbar politisch motivierte kulturpolitische Betrachtungsweise und Praxis nach dem Bruch mit dem Pluralismus immer mehr durch. Die Veränderung der Auffassung der UKP lässt sich nicht nur mit innenpolitischen Veränderungen in Ungarn in Zusammenhang bringen, sondern auch mit internationalen Umwälzungen, der Auflösung der antifaschistischen Koalition sowie der Auswirkung von Fulton. Nach dem Beginn des kalten Krieges schickten sich die Kommunisten angesichts des Scheiterns demokratischer Methoden an, auf eine Kulturpolitik Kurs zu nehmen, die die Regeln der pluralistischen Demokratie nicht mehr akzeptierte. Die Folgen der Veränderung tangierten die einzelnen Bereiche der Kulturpolitik und auch die der Kulturdiplomatie.

Aus Untersuchungen der Intelligenzpolitik der Epoche ist ersichtlich, dass sich Koalitionsparteien, so auch die UKP, darüber im klaren waren, dass die Demokratisierung und Modernisierung Ungarns ohne die tatkräftige Mitwirkung der Intelligenz nicht zu stemmen war. Wenn es darum ging, der Intelligenz im demokratischen Ungarn einen Stellenwert zuzuweisen, konnten die politischen Parteien die Zwischenkriegsposition der Intelligenz sowie ihre Einstellung zur Macht nicht ausblenden. Gleichwohl musste sich die Intelligenz klarmachen, dass sich ihre Funktion wegen des politischen Systemwechsels erheblich modifizierte.

Trotzdem wurden gemeinsame Interessen anfangs nicht erkannt und aufeinander abgestimmt. Dies erklärt sich einerseits daraus, dass der Großteil der desorientierten Intelligenz ihren Platz im neuen Ungarn nicht richtig finden konnte. Andererseits wollten gewisse politische Akteure der Intelligenz keine gebührende Rolle bei der Wiedergeburt des Landes zuteilen. Dies führte zu zwischenparteilichen Auseinandersetzungen. Es drehte sich um die Fragen, ob die Vergangenheitsrolle der Intelligenz diese dazu befähigte, sich am Wiederaufbau zu beteiligen bzw. welche Intelligenzgruppen sich in die Etablierung des neuen Ungarn mit einbeziehen ließen. Die mitunter extremen Meinungen hierzu gingen weit auseinander. Bei der Jahreswende 1945/46 hieß es bei der UKP, dass die Mehrheit der Intelligenz im demokratischen Ungarn eine Zukunft haben müsse.

Im Interesse des Wiederaufbaus strebte die UKP danach, die Gründe zu beseitigen, die die Aktivierung der Intelligenz bis dahin erschweren. Die UKP beabsichtigte vor allen Dingen, die technische Intelligenz für sich zu gewinnen. Da der Wiederaufbau in der Politik der anderen Parteien keine zentrale politische Rolle spielte, zeigten sie ein gemäßigtes Interesse für die technische Intelligenz. Die einzelnen Parteien, v.a. die UKP, richteten wegen ihrer Wirkung auf die Massen und der nachhaltigen Modernisierung auf die wissenschaftliche Elite besondere Aufmerksamkeit und wollten diese für sich gewinnen. Die Einschätzung der Elite – und spezifisch die von Wissenschaftlern – weicht aufgrund ihrer besonderen Lage in mehrerer Hinsicht von der anderer Fachgruppen ab und ist zugleich Teil der Intelligenzpolitik der Parteien.

Die Demokratisierung und Modernisierung des Hochschulwesens wurde von maßgebenden politischen Kräften annähernd gleich beurteilt; ebenfalls hatten sie keine wesentlichen Differenzen, was die Umstrukturierung des Wissenschaftslebens anlangte. In der Beurteilung der früheren Rolle von Pädagogen, deren Schicht bei der Gestaltung der nationalen Bildung und der politischen öffentlichen Meinung eine wichtige Rolle spielte, gab es nur winzige Unterschiede. Ihre Vergangenheit bzw. ihr Verhältnis zur Herrscherklasse wurde im Frühjahr 1945 von der Mehrheit der Parteien kritisch betrachtet. Mit Ausnahme vereinzelter Initiativen wurden Ärzte weder von der UKP noch anderen Parteien ihrem gesellschaftlich-politischen Gewicht entsprechend eingeschätzt.

Die Verwaltungsintelligenz behandelten die Parteien wegen ihrem politischen Machteinfluss mit besonderer Aufmerksamkeit. Ihre in der Horthy-Ära gespielte Rolle wurde anfangs von allen Koalitionsteilnehmern negativ bewertet, daher wollten alle eine neue demokratische Verwaltung installieren.

Da die Parteien ein demokratisches Ungarn schaffen wollten und in dieser Hinsicht das gleiche Interesse hatten, hatten sie über die Intelligenz eine weitgehend ähnliche Meinung. Der Kampf aber, einzelne Intelligenzgruppen für sich zu gewinnen, differenzierte die Standpunkte der Parteien. Zu einem Konflikt zwischen den Koalitionsteilnehmern kam es allerdings solange nicht, bis der Kampf einen politischen Charakter erhielt. Die Heranziehung politischer Gesichtspunkte brachte sodann eine ausdifferenzierte Vielfalt mit sich.

Der Einstieg ins politische Leben seitens der Intelligenz war sowohl für die Parteien als auch

für die Intelligenz selbst eine komplizierte Angelegenheit. Anfangs war die Mehrheit der Intelligenz unter den neuen Bedingungen nicht in der Lage, sich zu orientieren und auszuloten, welche der Kräfte der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront am ehesten ihren politischen Interessen entsprachen. Die Lage der Mehrheit der Parteien war auch nicht einfacher, denn die Vergangenheitsrolle der Intelligenz war schwer mit ihren politischen Vorstellungen und Demokratiekonzeptionen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Man wusste auch nicht, wie die Intelligenz politisch eingestellt war. So kamen beide Lager in Zeiten der Neuausrichtung des politischen Lebens zu einem Scheideweg. Mit den obigen Problemen wurde von den Koalitionsparteien zunächst die am frühesten etablierte UKP konfrontiert.

Im politischen Leben kam die Meldung 1945 überraschend, dass ein Teil der Intelligenz der UKP beitreten wollte. Darauf war die Parteiführung nicht gefasst. Für die Partei stellte ferner eine Herausforderung dar, dass einzelne Koalitionspartner den Konflikt zwischen der Vergangenheitsfunktion und der politischen Einstellung der Intelligenz sowie des neuen demokratischen Systems bereinigen konnten. Für die Koalitionsteilnehmer war nicht gleichgültig, wie die Stellungnahme der meinungsbildenden Intelligenz im politischen Kräftemessen ausfiel. Nachdem die Parteien die politische Bedeutung der Intelligenz erkannt hatten, fingen sie an, sie nicht nur aufgrund ihrer Fachkompetenz zu beurteilen, sondern auch ihr politisches Gewicht ins Kalkül zu ziehen. Nach der Bestimmung der politischen Rollen gingen die Parteien dazu über, die Interessen der Intelligenz zu vertreten. Das Aufeinandertreffen von Parteien und Intelligenz hing davon ab, ob es – wie oben umrissen – gelang, den Widerspruch zwischen der alten Funktion und der in einer Demokratie zu spielenden Rolle aufzuheben bzw. die Interessen der Intelligenz auf eine auch für diese annehmbare Weise zu vertreten. Von der Zahl der Akademiker, die einzelnen Parteien beitraten, lässt sich nicht eindeutig auf ihre Wirkung auf die Ganzheit dieser Schicht schließen, da ein Großteil der Intelligenz doch außerhalb von Parteiorganisationen blieb und sich politisch von dieser Position aus betätigte.

Da der Intelligenzeinfluss bei den Koalitionspartnern zunahm, wurde immer dringender, die Intelligenzbasis der UKP zu vergrößern. Was ihren Standpunkt zur Intelligenz betraf, ordnete die UKP das Prinzipielle den taktischen Interessen im

Wesentlichen nur während des Wahlkampfes unter. Ende August 1945 fing auch die UKP mit der Mitgliederwerbung an. Im Herbstwahlkampf waren die Parteien bestrebt, die unterschiedlichsten Intelligenzgruppen für sich zu gewinnen. Dabei zeigten die UKP und die Unabhängige Bauernpartei (UBP) die höchste Aktivität. Die Mehrheit der Intelligenz sah ihr politisches Idealmodell, d.h. die bürgerliche Demokratie in ihrer reinsten Form durch die UBP gesichert; sie stimmte daher bei den Wahlen für die UBP. Die Intelligenzgruppen, deren politische Vorstellungen mit einer Sammelpartei nicht vereinbar waren, stellten sich nicht hinter die UKP, sondern der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei oder der Nationalen Bauernpartei. Für die UKP entschied sich nur ein kleiner Anteil der Intelligenz.

Nach den Nationalversammlungswahlen legten die Parteien die höchste intelligenzpolitische Aktivität an den Tag, deren Einfluss auf die Intelligenz nicht hoch genug ausfiel. Nach einer Situationsanalyse und den notwendigen Schlussfolgerungen wollte die UKP mit einer dynamischen und in mehreren Bereichen revidierten Intelligenzpolitik ihre Position in Kreisen der Intelligenz stärken. Der Wiederaufbau und die Sanierung der Wirtschaft erschienen als Vorbedingung jeglicher anderen Zielsetzungen, darum bauten die Arbeiterparteien die besten Beziehungen zur technischen Intelligenz von allen Intelligenz-Fachgruppen aus. Durch ihre Maßnahmen wollten sie auch diese Beziehungen stärken. Da das Betätigungsfeld der technischen Intelligenz weniger ideologiegebunden war, trat kein Konflikt um die Gruppe herum auf. Die UKP suchte auch nach den Wahlen von 1945 nach Möglichkeiten und Formen des Meinungsaustausches mit der „Elite“ der Intelligenz. Der Elite war nach wie vor die Rolle zugewiesen, die Massen der Intelligenz für die Partei zu gewinnen. Bei der besonderen Behandlung der Elite wurde auch klar, dass der Spielraum der privilegierten und überdurchschnittlich anerkannten Elite nach kommunistischer Auffassung nur im Bereich der Kultur gegeben war. Die UKP machte klar: Geistige Exzellenz ermächtigt nicht zur politischen Führerrolle.

Im politischen Kampf nach den Wahlen spielte die Intelligenzpolitik keine Zentralrolle und Konflikte entstanden deswegen in diesem Bereich recht selten. Ein politisches Akademikerproblem um die Polemie über die Pädagogenfrage herum schaukelte sich allerdings zum Politikum hoch. Mit den Auseinandersetzungen bezüglich der ungelösten Probleme dieser Gruppe drangen die politischen Fragen

der ungarischen Demokratie an die Oberfläche. Neben den ungelösten Problemen der Pädagogen konnte die Frage auch deswegen zu einer Konfliktquelle werden, weil das ideologisch-politische Element auf diesem Betätigungsfeld ausschlaggebend war. Bei unentschiedenen Macht- und politischen Verhältnissen konnte diese Gruppe in Augen der Politik vorübergehend eine entscheidende Bedeutung erlangen. In der Intelligenzpolitik der UKP bekamen Pädagogen – v.a. Grundschullehrer – eine besondere Rolle zugewiesen. Die Partei beschäftigte sich mit den Problemen dieser Gruppe auf unterschiedlichsten Foren der Öffentlichkeit und betonte die Wichtigkeit ihrer Lösung.

Im Frühjahr 1946 artikuliert sich die Unzufriedenheit der Pädagogen in einer bis dahin ungeesehenen Form, auf die die Parteien unterschiedlich reagierten. Die UKP war mit der Meinungsäußerung der Pädagogen nicht einverstanden. Sie missbilligte die Streiks und die entschlossene Interessenvertretung.

Nach den Nationalversammlungswahlen zeigte die Mehrheit der Parteien nach wie vor kein Interesse für Ärzte. Die UKP hielt es jedoch aus politischen Gründen für wichtig, die Ärzte für sich zu gewinnen. Um ihren Einfluss zu stärken, initiierte sie Maßnahmen in mehreren Bereichen.

Bereits zeit der politischen Kämpfe 1945 machte sich bemerkbar, dass ein Teil der Parteien bei der Beurteilung der Beamten fachliche Aspekte, ein anderer Teil wiederum politische Aspekte in den Vordergrund stellte. Es war offensichtlich, dass die Parteien ihre eigenen Interessen erneut entweder anhand politischer oder fachlicher Gesichtspunkte zu vertreten gedachten. Für die linken Parteien war es eindeutig, dass sie ihren Einfluss nur erhöhen konnten, wenn sie bei der Beurteilung der Tätigkeit der Gruppe den größten Wert auf das Politische legten. Auch Kräfte mit der Absicht, eine bürgerliche Demokratie zu etablieren, waren sich darüber im klaren, dass sie ihre Positionen nur halten konnten, wenn das Fachliche präferiert würde. Die Klärung des Problems um die Verwaltungsintelligenz wurde von den Linken angeregt. Der Umstellung des Verwaltungssystems wurde von der UKP eine hohe Bedeutung beigemessen, deshalb betonten die Kommunisten über die Finanzargumente hinaus vorwiegend politische Gesichtspunkte.

Im Herbst 1946 erfolgte eine radikale Änderung im Verhältnis der Politik zur Intelligenz. Auf dem dritten Kongress der UKP änderten die Kommunisten, die sich vom politischen Pluralismus

mittlerweile auf deklarierte Art und Weise verabschiedeten, auch ihren Standpunkt zur Intelligenz grundlegend. Ihre Meinung über die 1945–46 noch zu integrierenden Gruppen modifizierte sich auf mehreren Gebieten. Weiterhin wurde besondere Wichtigkeit der wissenschaftlichen Elite und der technischen Intelligenz eingeräumt, die im Wiederaufbau und im künftigen Sozialismus eine zentrale Rolle spielen sollten. Die UKP erwartete aber von der Elite ein anderes Herangehen; eine Mentalität, die die Aufgabe ihrer Autonomie und Unabhängigkeit bedeutete. Die Partei verband ihre Unterstützung bereits in der postpluralistischen Ära (Herbst 1946–1948) damit, dass die Elite die kommunistische Politik legitimiert. Mit der Marginalisierung herausragender konservativer Wissenschaftler, die sich an der Legitimierung nicht zu beteiligen gewillt waren, wurde bereits zu dieser Zeit begonnen. Ihre Verdrängung aus dem Hochschulwesen und Wissenschaftsleben wurde im Jahr der Wende bzw. mit der Universitätsreform perfekt gemacht.

Die technische Intelligenz genoss wegen der Modernisierung der Industrie nach wie vor eine besondere Behandlung, was sich neben ihrer materiell-moralischen Unterstützung in ihrer planmäßigen zahlenmäßigen Aufstockung äußerte. Die Kontinuität kommunistischer Intelligenzpolitik im Hinblick auf die technische Intelligenz bedeutete auch, dass politisch Unzuverlässige diskriminiert, sogar verfolgt wurden.

Die Analyse der damaligen Bildungspolitik belegte, dass der Erfolg der angekündigten Demokratisierung und Modernisierung auch davon abhing, ob es gelang, eine Schulreform auf weitem und demokratischem Fundament auf die Beine zu stellen und ein Schulsystem einzurichten, das Wissen auf internationalem Niveau vermittelt. Im Interesse der Verwirklichung bildungspolitischer Ziele musste das vom vorangehenden Regime geerbte, mit antidemokratischen feudalistischen Überresten belastete Schulsystem mit überholter Qualität und Ansichtsweise abgeschafft werden. Stattdessen sollte ein zeitgemäßes Schulwesen geschaffen werden.

Als Einstieg mussten die Überreste des Faschismus aus dem Weg geräumt werden und der geistige Wiederaufbau musste endlich anlaufen. Die Schaffung einer neuen Kultur wurde von allen Koalitionsparteien unterstützt. Ab Frühjahr 1945 wurde die demokratische Reorganisation des Bildungswesens als eine dingend zu lösende politische Frage auf die Tagesordnung gesetzt. Wegen der kulturpolitischen Wichtigkeit dieser Frage erar-

beiteten alle Koalitionsparteien Reformvorschläge zum allgemeinen Bildungswesen. Auch die UKP, die ein neues Menschenideal definierte, trat für die Gestaltung eines demokratischen Schulsystems in die Schranken.

Die Parteien beschäftigten sich mit bildungspolitischen Fragen auch im Rahmen des politischen Kampfes, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Die Grundkonzeption der Reformvorschläge bestand darin, dass keine wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Erneuerung erfolgen könne, es sei denn die öffentlichen Bildungseinrichtungen würden modernisiert. Nach ihrer Auffassung gehe ein modernes Bildungswesen vom Kern der Demokratie aus und die demokratischen Prinzipien kämen konsequent und restlos zur Geltung, sobald Neigungen und Fähigkeiten zu den Maßstäben der Selektion würden. Bei der Analyse der bildungspolitischen Vorstellungen der Parteien kann festgestellt werden, dass im Hinblick auf bildungspolitische Ziele ein Konsens zwischen den politisch und gesinnungsmäßig unterschiedlichen Parteien zustande kam. Mit dem Mehrparteiensystem waren zwar die Rahmenbedingungen für das Austragen von Interessenkonflikten gegeben, keine entsprechende bildungspolitische Denkweise konnte sich aber Geltung verschaffen. In der Bildungspolitik konnte von einer klar umrissenen Vielfalt keine Rede sein, denn alle Parteien waren einverstanden, dass das überholte antidemokratische Bildungssystem abgeschafft gehöre und ein neues Schulsystem auf höherem Niveau und mit mehr Demokratie aufgebaut werden müsse.

Im Jahr des demokratischen Ausbaus wollte die UKP das Bildungswesen vor allen Dingen unter Berufung auf ideologische Werte umstrukturieren. Dass es eines demokratischen Bildungssystems bedurfte, war Teil der ideologischen Vorstellung aller Parteien. Unterschiede zeigten sich nur in der Verwirklichung von Interessen einzelner Schichten, die die Basen von Parteien bildeten. Parteien waren 1945 durch Erziehungsideale nur teilweise differenziert. Die zu vermittelnden Werte waren allgemeine universelle humanistische Ideale, bei einzelnen Parteien (UKP, Sozialdemokratische Partei) wurden aber auch Ideale mit Klassencharakter formuliert. Bei der Mehrheit begegnen wir idealistisch-utopischen Vorstellungen auch. Das neue Schulsystem wurde in Ungarn den demokratischen Idealen entsprechend ausgestaltet. In der demokratischen Nachkriegsatmosphäre erschien die Zielsetzung der Massen und der demokratischen Parteien am na-

türlichsten, die für ein Schulsystem plädierte, das statt nach Abstammung und Klassen nach Kindesalter differenzierte. Die Etablierung einer Grundschule war mehr als ein kulturpolitisches Problem: Es wurde zum Politikum und wurde für die zweite Bodenreform der politischen Parteien gehalten. An der Etablierung einer mit politischen und ideologischen Argumenten gestützten Achtklassen-Grundschule konnte nicht gezweifelt werden. Mit der Aufstellung der Grundschule wurde bezweckt, das allgemeine Bildungsniveau der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen und ein gleiches Bildungsrecht und eine gleiche Ausgangslage für jedes Kind zu garantieren. Die demokratischen Parteien hielten dies für einen großen kulturpolitischen Erfolg. Zur gesellschaftlichen Unterstützung der Bildungsreform trug nicht nur bei, dass sie demokratische Vorstellungen formulierte, sondern auch, dass sie mit dem Interesse der Mehrheit der Gesellschaft konform ging. Diese Bildungspolitik legte auf die sog. Elitenkultur, das Interesse einer Minderheit, keinen Wert. Ihre Pflege vernachlässigte sie schon zu Zeiten des Pluralismus, was ein Defizit dieser Bildungspolitik war.

Der Umbau des Bildungswesens war ohne eine Hochschulreform undenkbar. Ein Teil des ungarischen Hochschulwesens stand 1945 weder aus fachlich-wissenschaftlicher noch aus ideologisch-politischer Sicht auf dem Niveau der Zeit. Die sich am Aufbau der Demokratie beteiligenden politischen Parteien strebten deshalb im Hochschulwesen nach Reformen, mit denen diese den Anforderungen des demokratischen Umbaus und einer Bildung auf internationalem Niveau gerecht werden konnten.

Da eine der wichtigsten Zielsetzungen der Kulturpolitik 1945 in der Demokratisierung des Bildungswesens bestand, tauchten Reformvorstellungen im Hochschulwesen zumeist um die Pädagogenausbildung herum auf. Die Koalitionsteilnehmer wollten ihre modernisierungsbezogenen Vorstellungen unter Berufung auf ideologische Werte, politische Gesichtspunkte und wissenschaftliche Anforderungen umsetzen. Die Reform der Pädagogenausbildung wurde von sämtlichen Koalitionsparteien befürwortet, weil sich die größte Herausforderung von allen Hochschulzweigen ausgerechnet in diesem Bereich ergab. Folglich wurden wesentliche Vorstellungen bezüglich der Reorganisation des ungarischen Hochschulwesens von der Politik hier artikuliert. Die Mehrzahl der Reformvorschläge enthielt Allgemeinheiten. Ein Teil der Experten-Vorstellungen war vielseitig aus-

gearbeitet. Diese brachten auch den Standpunkt der Parteien zum Ausdruck und wurden gelegentlich geradezu in Auftrag gegeben. Da die Reform annähernd gleich interpretiert wurde, gab es unter den Vorschlägen keine wesentlichen Abweichungen. Die Zentralfragen der Hochschulpolitik stellten 1945 die demokratische Umstrukturierung der Universitäten, das gegenseitige Verhältnis der Universitäts- und Wissenschaftlerausbildung, die Ebenen der Pädagogenausbildung sowie die Bestimmung der Hochschulprofile dar. „Reformbeauftragte“ beschäftigte auch, welche Rolle in der Ausbildung allgemeinen Fächern zukommen bzw. wie das Verhältnis zwischen Vorlesungen und Seminaren sein sollte. Der Großteil der angeregten Reformen wurde nicht umgesetzt. Bei ihrer Hinauszögerung spielten nicht nur mangelnde Finanzmittel, sondern auch Dozentengruppen eine wesentliche Rolle, die der traditionellen Struktur der Universitätslandschaft verhaftet waren. Die Entwicklung des Hochschulwesens war aber auch eine der Grundfragen wirtschaftlicher Entwicklung, was von Befürwortern der Modernisierung zu dieser Zeit noch nicht stark genug betont wurde. Dies erklärt sich daraus, dass seitens der Wirtschaft noch kein erhöhter Expertenbedarf gemeldet wurde. Wie Bildung im Allgemeinen, wurde auch das Hochschulwesen v.a. mit politischen Herausforderungen konfrontiert.

Die geplante Reform der Ungarischen Wissenschaftsakademie zur Modernisierung des Wissenschaftslebens warf Probleme auf, auf die die politischen Parteien in den meisten Fällen mit keiner Fertigungskonzeption reagieren konnten. Da der Modernisierungsgedanke im Programm der Parteien festgehalten wurde, unterstützten ihre Vertreter und die Presse den Erneuerungsversuch. Anfangs wollten Wissenschaftler, die für eine Reorganisation plädierten, die Änderungen unter Berücksichtigung der Autonomie und Freiheit der Wissenschaft verwirklichen. Modernisierungsbestrebungen im Wissenschaftsleben hatten durchaus einen politischen Teilcharakter. Die Anführer der Reformvorstellungen gerieten deshalb meistens mit den Gruppen in Konflikt, die ihre Posten im alten politischen System erwarben.

Die Reformgruppe – nach einem anfänglichen Bestehen auf der Autonomie der Wissenschaft und als erfolglos bewerteten Initiativen – war gewillt, sich auch im Bereich der Wissenschaft politischer Mittel zu bedienen. Da die UKP die vollständige Autonomie der Wissenschaft nicht akzeptierte,

wurden die Modernisierungsbefürworter im ungarischen Wissenschaftsleben v.a. von den Kommunisten unterstützt. Die UKP beschäftigte sich daher mit dem Problem der Ungarischen Wissenschaftsakademie mehr als andere Parteien.

Aus Sicht der Entwicklung des Landes und der Wissenschaft war es sehr wichtig, dass ungarische Forscher die internationalen wissenschaftlichen Ergebnisse kennen lernten und mit der universellen Wissenschaft in Kontakt kamen. Die Koalitionsparteien waren einhellig für die Aufnahme internationaler Wissenschaftsbeziehungen. Die ungarische Wissenschaftspolitik erkannte, dass die wissenschaftliche Heranführung Ungarns ans internationale Niveau sowie eine ungarische Kultur mit internationalem Rang ohne vielfältige Kontakte nicht möglich war. Sie schätzten es richtig ein, dass das Niveau der internationalen Wissenschaft nur erreicht werden konnte, wenn Ungarn Kontakte zu Ländern auf höchstem fachlichem Niveau knüpfte. Die wissenschaftspolitische Vorstellung, die die Wichtigkeit mit Nachbarstaaten zu knüpfender Kontakte betonte, war in erster Linie von politischer Bedeutung.

Im Hochschulwesen war ein politischer Druck v.a. in der Pädagogenausbildung vorhanden, trotzdem brachte dies keine wesentliche Veränderung mit sich. Die UKP und die Sozialdemokraten meldeten sich mit neuen Reformvorstellungen. Die Arbeiterparteien wollten für eine Pädagogenausbildung sorgen, die mit einem v.a. politisch motivierten Verwaltungssystem kompatibel war. Nach ihrer Meinung war das Achtklassen-Schulsystem mit der Pädagogenausbildung nicht vereinbar. Die Pädagogenausbildung wollten sie unter Berufung auf fachliche Gesichtspunkte reorganisieren.

Eine der Tragödien der ungarischen Demokratie war, dass die Bildungsreform mit einer sowohl finanziell als auch moralisch unterschätzten Pädagogenschicht angefangen wurde. Die Reformen wurden im Herbst 1945 in einer Weise angestoßen, dass die Pädagogen, die beim Zustandebringen des neuen Schulsystems eine entscheidende Rolle hätten spielen können, an seiner erfolgreichen Umsetzung individuell nicht interessiert waren.

Mehrere Voraussetzungen waren jedoch nicht gegeben, um eine Grundschule zu etablieren. Die Parteien gaben sich daher keinen Illusionen hin. Die UKP ging davon aus, dass die Einrichtung der Grundschule nur der Anfang war; eine prinzipielle Entscheidung, von deren praktischer Umsetzung es abhing, ob der neue Schultyp den

Zielen einer demokratischen Gesellschaft gerecht werden konnte. Die Umstände, die die Umsetzung der Grundschule hinderlich waren, verursachten keine reellen Veränderungen im Bildungsbereich. Während die Einrichtung der Grundschule 1945 eine der erstrangigen politischen Aufgaben war, kreisten die Zentralfragen der Politik 1946 um die Stabilisierung der Wirtschaft und den Kampf um die Macht. Daher strebte die UKP danach, im vorhandenen Organisationsrahmen Veränderungen herbeizuführen, die im Einklang mit den primären wirtschaftlichen und politischen Zielsetzungen zur Verwirklichung kulturpolitischer Ziele beitragen konnten.

In der ersten Hälfte des Jahres 1946 blieben die Parteien auf dem Gebiet der Bildungspolitik passiv. Die Geschehnisse des Bildungswesens waren in politische und wirtschaftspolitische Geschehnisse der Epoche eingebettet. In der Bildungspolitik kam es nicht zu den in der Politik notwendigerweise vorkommenden Interessenkonflikten bzw. diese waren peripher. Dazu trug nicht nur eine politisch-ideologische Verunsicherung bei, sondern auch das Ministerium für Religion und öffentliche Bildung, das seine bildungspolitische Konzeption nicht nach Parteikriterien, sondern fachlich-pädagogischen Prinzipien ausrichtete. Im Ministerium für Religion und öffentliche Bildung waren die Linken weit unterrepräsentiert. Das Bildungswesen konnte v.a. durch seinen Führungsapparat unter Kontrolle gehalten werden, deshalb setzten sich die in dieser Hinsicht schwachen Arbeiterparteien zum Ziel, diesen Apparat zu verändern. Das Hauptführungsorgan wurde zum Schauplatz von Positions- und Machtkämpfen. Die UKP und die Sozialdemokratische Partei vermochten im Bildungswesen ihre ideologischen Vorstellungen nicht durchzusetzen und versuchten daher, den Kontrollapparat zu schwächen und ihre eigenen Positionen dadurch zu stärken. 1946 kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem fachlich neutralen Ministerium für Religion und öffentliche Bildung einerseits und der ideologisch geladenen UKP und SDP andererseits. Der Konflikt hatte auch machttechnisch-politische Gründe. Nichtsdestotrotz erhielt die Diskussion um die Person des Kulturpolitikers Dezső Keresztury auch eine kulturpolitische Dimension.

Bei unseren Forschungen suchten wir u.a. Antworten auf die Frage, welche Rolle die früher in der Emigration lebenden Kommunisten bzw. die früher illegale UKP der Kulturdiplomatie und den

internationalen Kulturbeziehungen einräumten. Offengelegt wurde auch, wie die UKP, die für Modernisierung eintrat, das Verhältnis zwischen der ungarischen und universellen Kultur verstand bzw. mit welchen Nationen sie nach Kriegsende Kulturbeziehungen ausbauen wollte.

Aufgrund der Forschungen kann konstatiert werden, dass die UKP zu Zeiten des Ausbaus der Demokratie über keine umfassende kulturdiplomatische Konzeption verfügte. Weder die Partei noch die Intelligenz ihrer Anhängerschaft gab eine ihrem Gewicht angemessene Antwort auf die Herausforderungen der Kulturdiplomatie. Die kulturdiplomatischen Aktivitäten der Kommunisten sind im Vergleich zu anderen Bereichen der Bildungspolitik als recht gering einzustufen. Im Anbetracht ihrer geistigen Basis hätte die UKP mehr für die Lösung von Fragen ungarischer und universeller Kultur tun können. Bei der Untersuchung der kulturdiplomatischen Rolle der UKP wird ersichtlich, dass sich die Partei abgesehen von einigen eigenständigen kulturdiplomatischen Aktionen nur an der Koalitionszusammenarbeit beteiligte und sich gesellschaftlichen Initiativen anschloss.

Die Außenpolitik Ungarns hatte bei der schlechten internationalen Lage und der internationalen Isolation des Landes keine Relevanz. Genau deswegen hätte die Partei dem Instrumentensystem, über das die Kulturdiplomatie verfügte, eine höhere Wichtigkeit beimessen müssen. Sie hätte die ungünstige Meinung, die sich wegen der verfehlten außen- und soldatenpolitischen Schritte der vorangegangenen Jahre herausbildete, umformen und das Prestige des Landes mit den Mitteln der Kultur erhöhen müssen. Kulturdiplomatie muss nicht nur außenpolitischen Zielen dienen: Sie muss eine wichtige Rolle spielen, wenn es darum geht, Modernisierungsansätze zu fördern, die ungarische und universelle Kultur zu handhaben, die ungarische Wissenschaft ins internationale Wissenschaftsleben mit ihren Mitteln einzuführen. In einigen Fällen (György Lukács, Endre Sík) wurden diese Aufgaben wahrgenommen, mehr wurde aber nicht erreicht.

Die Monographie setzt sich auch zum Ziel, die Vorstellungen über die Volksbildung von einer Partei aufzudecken, die nicht auf der Grundlage des politischen Pluralismus stand, aber in der spezifischen ungarischen und internationalen Lage ihn vorübergehend akzeptierte. Die UKP war ja vor dem zweiten Weltkrieg Teil einer internationalen kommunistischen Bewegung, die der Bildung

im Hinblick auf die kulturelle Emporhebung der Massen, politische Auseinandersetzungen und den Kampf um die Macht eine herausragende Bedeutung beimaß.

Das Buch stellt vor, wie sich die UKP an der kulturellen Demokratisierung teilnahm, welche Rolle sie bei der Gestaltung der sog. unabhängigen Bildung [zu Ungarisch: szabad művelődés] übernahm, und legt die politische Auslegung traditioneller kommunistischer Volksbildung offen, der nach Kultur das Mittel politischen Kampfes sei. Aus der Untersuchung geht hervor, dass die Volksbildung von den verschiedenen Bereichen der Kultur derjenige Bereich war, der von der UKP am ehesten zum Politikum gemacht und in den Dienst politischer Taktik gestellt wurde.

Ende 1944 bzw. Anfang 1945 waren sämtliche demokratischen Parteien einverstanden, dass in Ungarn ein zeitgemäßes und demokratiekonformes kulturelles Leben geschaffen werden musste. Bei der Schaffung eines demokratischen Ungarn wurde die Volksbildung von den Kräften der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront von den einzelnen Kulturpolitikbereichen am wenigsten ausgearbeitet. Die UKP beschäftigte sich in seinem Programm von 1944 kaum mit der Volksbildung. Die Partei war an kulturellen Fragen interessiert, ein umfassendes Volksbildungsprogramm hatte sie jedoch nicht.

Die neue Bildungspolitik strebte nach der Demokratisierung der Kultur, was das freie Zurgelungkommen der Kultur bedeutete. Es entstand eine kulturelle Öffentlichkeit neuen Types und Initiativen von unten konnten anlaufen. Die Modernisierung der Nachkriegsvolksbildung begann mit der unabhängigen Bildung. Die unabhängige Bildung kam als Leugnung einer zentralisierten Volksbildung zustande, die sich unmittelbar in den Dienst der Politik stellte. Durch die unabhängige Bildung wurden die autonomen Kulturorganisationen der Gesellschaft in Bewegung gesetzt. Unter den durch die politische Demokratie gesicherten Bedingungen machten sich Parteien und gesellschaftliche Organisationen ungehindert an ihre Volksbildungstätigkeiten. Die UKP als aktivste Partei im politischen Leben beabsichtigte ihren Kulturtätigkeiten anfangs v.a. im Kreise der Arbeiterschaft nachzugehen. Die UKP betrachtete die Volksbildung – abgesehen von ihrer kulturellen Funktion – als eines der wichtigsten Gebiete des Kampfes für Demokratie und Sozialismus. Von den kulturellen Aktionen erwartete sie die Erhöhung

ihres Einflusses auf die Massen. Zu Zeiten des politischen Kampfes wertete sich die Bedeutung kultureller Arbeit für die UKP immer mehr auf. Die Kommunisten zogen die Volksbildung mit in den Wahlkampf ein und maßen ihr bei der Beeinflussung der Dorfbevölkerung eine besonders hohe Bedeutung bei.

Absztrakt

A kutatás igazolta, hogy a háború után, a demokrácia kiépítésének évében, az 1945-ös választásokig a kommunisták a kultúra különböző területein eltérő mélységgel és intenzitással reformjavaslatokkal és modernizációs elképzelésekkel kívánták az ország fejlődését elősegíteni és a demokratizálást szolgáltni, illetve a magyar és egyetemes kultúra kölcsönhatását biztosítani. Az is bebizonyosodott, hogy ebben az időszakban – a népműveléstől eltekintve – lényeges eltérés a Magyar Kommunista Párt művelődéspolitikája és a többi párt felfogása között nem volt, mivel valamennyi politikai erő a kultúra demokratizálását akarta. Nem volt lényeges különbség a Magyar Kommunista Párt magyarországi illegális vezetői, illetve a külföldi emigrációból hazatért vezetők kultúrpolitikai koncepciója között sem. Az MKP egy többpártrendszeren alapuló demokratikus művelődéspolitikát gyakorolt.

Lényeges változás következett be a kommunista kultúrpolitikában az 1945-ös őszi parlamenti választások után. Az MKP számára bebizonyosodott, hogy demokratikus úton a hatalmat megszerezni nem tudják. Ezután a párt nemcsak a politikai harcban, hanem a kultúrpolitikai küzdelmekben is szakít a háború után elfogadott demokratikus formákkal, és rátér a „hagyományos” kommunista osztályharcos eszközök és módszerek igénybevételére.

A pluralizmussal való szakítás után a kommunista kultúrpolitikában fokozatosan megjelenik a politikát direkt támogató művelődéspolitikai szemlélet és gyakorlat.

Abstract

The research confirmed that after the war, in the year of the establishment of democracy leading up to the general elections in 1945, the Communist Party wished to support the country's progress and to serve democratization, as well as to secure the interrelationship of universal and Hungarian cul-

ture with suggestions for reforms and modernization plans with varied depth and intensity in various fields of culture. It also turned out that in this period, apart from cultural education, there were no important differences between the Hungarian Communist Party's cultural policy and that of the other parties, since all political forces desired the democratization of culture. Nor was there any essential difference between the cultural conceptions of the illegal leaders of the Hungarian Communist Party and those of the returning émigré leaders. The Hungarian Communist Party (abbreviated as MKP) followed a democratic cultural policy based on a multi-party system.

Amid the fierce electoral rivalry in Hungary in 1945, in the interest of rebuilding the country and the democratic reorganization, there was a political culture, which supported democracy and wished to defeat – not destroy – the political opponents.

An essential shift arose in the communist cultural policy after the elections in the autumn of 1945. It became clear for the MKP that they could not obtain power by democratic means. The party thereafter laid aside the democratic forms accepted after the war not only in the political fight, but also in cultural policy duels and they started to use the so-called „traditional” means and methods of communist class warfare.

In the area of educational policy, after the lost elections cultural policy became more clearly aligned with political goals in every branch of cultural policy and a direct political expectation from culture and science emerged.

After breaking with pluralism, cultural policy in concept and practice gradually began directly supporting political aims.

The consequences of the change did not only affect certain branches of cultural policy, but it could also be traced down in cultural diplomacy.

Themenrelevante Veröffentlichungen

- N. Szabó József 1982 A Magyar Kommunista Párt értelmiségi politikája. *Acta Academiae Pedagogicae Nyíregyhaziensis*. Tom 9/a. Nyíregyháza.
- N. Szabó József 1982 A Magyar Kommunista Párt harca az oktatás demokratizálásáért. *Acta Academiae Pedagogicae Nyíregyhaziensis*. Tom 9/c. Nyíregyháza.
- N. Szabó József 1992 A Magyar Kommunista Párt népműveléspolitikája /1945–1946/. *Nevelés és Művelődéstudományi Közlemények*, Nyíregyháza.
- N. Szabó József 1994 A Magyar Kommunista Párt felsőoktatás és tudománypolitikája /1945–1946/. *Kutatásszervezési Tájékoztató*, 4. no.
- N. Szabó József 2013 A Magyar Kommunista Párt koncepciója a Szovjetunióval kialakítandó kultúrdiplomáciai kapcsolatokról a „fordulat” után /1946 ősze – 1948/. *Válóság*, No. 3.
- N. Szabó József 2014 A Magyar Kommunista Párt véleménye Magyarország nemzetközi kulturális kapcsolatairól és kultúrdiplomáciai törekvéseiről a demokrácia kiépítésének idején /1945–1946/ (elfogadva Pécsi Tudományegyetem Történettudományi Intézet kiadványába).